Sitzungsvorlage

Drucksachen-Nr.: MV 17/3307

Fachbereich	Datum
Fachbereich 2 - Finanzen	14.08.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	öffentlich / nichtöffentlich
Haupt- und Finanzausschuss	29.08.2017	Ö

Bertelsmann Stiftung bestätigt kommunale Finanzmisere – Kommunale Spitzenverbände fordern die Landesregierung zum Handeln auf

Sachverhalt:

Vor wenigen Tagen hat die Bertelsmann Stiftung den Kommunalen Finanzreport 2017 veröffentlicht. Die Untersuchungen der Bertelsmann Stiftung bestätigen, dass **Rheinland-Pfalz nach wie vor zu den Krisenregionen der Kommunalfinanzen in Deutschland** gehört. „Die schlechten Finanzzahlen der Bertelsmann Stiftung für die Kommunen in Rheinland-Pfalz sprechen eine klare Sprache: Bei gleichem Aufgabenumfang wie in anderen Bundesländern ist die Finanzausstattung unserer Kommunen durch das Land Rheinland-Pfalz völlig unzureichend. Dies hat der Verfassungsgerichtshof bereits 2012 festgestellt. Seitdem hat es die Landesregierung versäumt, die chronische Unterfinanzierung von Städten, Landkreisen und Gemeinden wirksam zu beseitigen. Ganz im Gegenteil werden ständig weitere Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen, ohne zugleich für eine angemessene Finanzierung derselben zu sorgen“, so die kommunalen Spitzenverbände Landkreistag, Städtetag und Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz.

Bezeichnend sei laut Aussage der Spitzenverbände, dass **auch im letzten Jahr immer noch rund die Hälfte aller Kommunen im Land im laufenden Haushalt ein Defizit aufweise und zudem die Schulden stetig weiter anstiegen.**

Laut der Bertelsmann Stiftung befinden sich unter den Top Ten der Kommunen mit den höchsten Kassenkrediten je Einwohner mittlerweile sechs aus Rheinland-Pfalz (Stadt Pirmasens, Stadt Kaiserslautern, Stadt Zweibrücken, Kreis Kusel, Donnersbergkreis, Stadt Trier). Der vor einigen Jahren vom Land aufgelegte Kommunale Entschuldungsfonds habe damit sein Ziel einer wirksamen Reduzierung des Kassenkreditvolumens deutlich verfehlt. Aus Sicht der Kommunalen

Spitzenverbände ließe sich die chronische Unterfinanzierung der Kommunen nicht allein mit einer Verwaltungsreform oder einer weiteren Anhebung kommunaler Steuersätze lösen.

„Was wir wirklich brauchen sind strukturelle Verbesserungen beim kommunalen Finanzausgleich. Das Land muss hier seiner verfassungsrechtlich normierten Verantwortung für die Kommunen gerecht werden und mindestens 300 Mio. Euro mehr in das System geben. Nur so kann der zwingend notwendige Haushaltsausgleich erzielt werden. Zudem brauchen wir eine wirksame Rückführung der Altschulden. Der Zeitpunkt hierfür ist aufgrund guter Steuereinnahmen und niedriger Zinsen so günstig wie nie. Jetzt ist entschlossenes Handeln seitens des Landes gefragt“, so die Geschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände. Zugleich betonten sie, dass die Landesregierung zugesagt hat, beide Themen in diesem Jahr anzupacken. Wie z.B. eine Lösung für die hohe Altschuldenlast aussehen kann, zeige das Land Hessen mit seinem Programm der sog. Hessenkasse. Dort übernehme das Land sechs Mrd. Euro Schulden der Kommunen und entlaste so die Gemeinden, Städte und Landkreise von hohen Zins- und Tilgungszahlungen.

Auch für die Stadt Lahnstein wird der Liquiditätskreditbestand (frühere Bezeichnung Kassenkreditbestand) eine dauernde und zunehmend schwierigere Belastung. So betragen die Liquiditätskredite der Stadt Lahnstein zum 31.12.2015 insgesamt 25.986.150,00 €. Pro Kopf ergibt sich bei 18.198 Einwohnern (Stand 31.12.2015) eine Liquiditätsverschuldung von 1.427,97 €.

Der Schuldenstand stellte sich zum 31.12.2015 wie folgt dar:

Investitionskredite der Stadt → 16.085.889,51 €
Liquiditätskredite der Stadt → 25.986.150,00 €

Investitionskredite der Wirtschaftsbetriebe Lahnstein → 9.821.037,27 €

(Peter Labonte)
Oberbürgermeister